

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

Schalom

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

52. Jahrgang

2/2020

3,-€

Israel
im
Covid-19
Jahr



LEITARTIKEL

Seit ich mich das letzte Mal im Leitartikel für Schalom an Sie wenden durfte, routinemäßig in Abwechslung mit Peter Florianschütz, ist in Israel und in der Welt mehr Unvorhersehbares passiert, als wir uns hätten vorstellen können. Obwohl wir kein tagesaktuelles Medium sind, kommen deshalb auch wir nicht daran vorbei, Covid-19, seine Auswirkungen und seine Volten zum Thema zu machen.

Die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Verbreitung des Virus gesetzt wurden und noch werden, bewegen sich weltweit in einer großen Bandbreite. Wiewohl sich die Konsequenzen in all ihrer Tragweite erst weisen werden, haben die Maßnahmen der Bundesregierung im Gegensatz zu manch anderen Staaten, die etwa auf Herdenimmunität gesetzt haben, viele Leben gerettet. Dabei hat die freundschaftliche Beziehung Österreichs, namentlich des Bundeskanzlers zum israelischen Premierminister, wesentliche Auswirkungen auf die hiesigen Beschlüsse und Verordnungen genommen. Es gelang beiden Ländern, die Fallzahlen niedrig zu halten, doch es zeigt sich, dass die Krise noch nicht vorbei ist: Erst kürzlich mussten mehr als 100 Schulen und Kindergärten in Israel aufgrund von Corona-Neuinfektionen wieder geschlossen werden.

Der Umgang mit der Krise war ein Lernprozess, auf den wir gerne verzichtet hätten. Keines Lernprozess bedürfte hingegen die Einschätzung von (islamistischen) Terrororganisationen wie der Hamas oder der Hisbollah. Letztere stellt – vor allem dem iranischen Einfluss geschuldet – eine permanente Bedrohung für die Sicherheit Israels dar. Entsprechend ist es zu befürworten, dass am 30. April in der Bundesrepublik Deutschland ein Betätigungsverbot für die Hisbollah als Ganzes erlassen wurde. Dieses erstreckt sich auch auf diverse Neben- und Tarnvereine. In Österreich wäre ein solcher Schritt ebenso zu begrüßen und wird daher von der ÖIG auch gefordert.

Auch innenpolitisch steht Israel weiterhin vor immensen Herausforderungen. Befand man sich im März noch in Regierungsverhandlungen, bleiben auch nach der Koalitionseinigung einige Kraftakte zu bewältigen. Es ist zu



Markus Figl

hoffen, dass in Israel nach dem vierten Wahldurchgang in Folge nun zu einer stabilen Regierung gefunden wurde. Denn gerade jetzt, wo die Coronakrise im Begriff ist, in eine Wirtschaftskrise umzuschlagen, ist eine stabile

Regierung für Israel essentiell. Zudem wird die umstrittene Ankündigung der Annexion einiger Gebiete noch für viel Diskussionsstoff sorgen.

Wir wollen in dieser Ausgabe jedoch auch positive Entwicklungen, Ereignisse und Erfolge hervorheben, die in den westlichen Medien leider nur wenig Erwähnung finden. Betonen wollen wir auch, dass Österreich und insbesondere Außenminister Mag. Alexander Schallenberg viel positives Echo aus Israel erhalten hat. Geschuldet ist dies der Tatsache, dass Österreich in internationalen Gremien besonderes Augenmerk auf gezieltes „Israelbashing“ legt und dies durch sein Abstimmungsverhalten auch aufzeigt. Dies betrifft vor allem die UN-Generalversammlung und den Menschenrechtsrat. Solche Bemühungen um eine faire Behandlung Israels unterstützen wir ausdrücklich. Es geht uns als Österreichisch-Israelische Gesellschaft darum, einen Beitrag zur Unterstützung Israels und der Vertiefung der freundschaftlichen Beziehung zwischen beiden Ländern zu leisten.

Ich hoffe, Sie halten mit dieser Ausgabe von Schalom eine kurzweilige Lektüre in Händen und freue mich mit Zuversicht darauf, Sie nach dem Sommer bei der einen oder anderen interessanten Veranstaltung wieder persönlich begrüßen zu können.

MMag. Markus Figl
zweiter Präsident
der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

Titelbild: Grafik: ©Miriam Weigel



Gedruckt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“, Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21, Reprographie, UW-Nr 835

Gedruckt auf ökologischem Papier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“. CO2 kompensiert produziert



Susi Shaked
Generalsekretärin

Hans-Jürgen
Tempelmayr
Generalsekretär

Editorial

Liebe Leserinnen, Liebe Leser, liebe Freundinnen und Freunde Israels,

Sie halten diesmal ein analoges Produkt, erarbeitet in zahlreichen digitalen Konferenzen, in Händen. Auch wir

Ulrich Sahn gibt uns einen Überblick über die Post-Corona-Situation. Michael Laubsch setzt unsere Befragung der im Nationalrat vertretenen Parteien, wie sie es mit Israel halten, mit Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) und Helmut Brandstätter (NEOS) fort. Passend zur Situation erzählt uns Wolfgang Sotill, wie eine der größten Kliniken Israels, die Hadassah, die seit 1912 mit Herausforderungen umzugehen gelernt hat, mit der neuen Situation zurechtkommt.

haben uns – je nach Selbstdarstellung – (Achtung: Selbstironie!) vor unseren Gemälden, Bücherregalen oder auch weißen Wänden positioniert, um uns in rechteckigen Kästchen anzusehen und die Themen dieser Ausgabe auszuwählen. Für Folgende haben wir uns entschieden:

Eher unbemerkt von der Öffentlichkeit, hat Wiens Finanzstadtrat, Peter Hanke, Israel besucht und uns seine Eindrücke und Erkenntnisse geschildert. Barbara Serloth war für uns – auch ohne Gastro-Gutschein – und auf eigene Kosten (danke!) essen. Zwei Bücher haben wir auch für Sie „verschlungen“ und besprochen.

Israel befindet sich „wieder einmal“ am Scheideweg. So auch im Covid-19 Jahr. Die aktuelle politische Situation analysiert Peter Florianschütz.

Am Ende bringen wir, wie immer, gute Nachrichten über Israel, als Minischaloms und eine neue Serie über die Zionisten, denen Israel seine Gründung verdankt, beginnend mit Chaim Arlosoroff.

Aber erfindet sich Israel seit 1948 nicht immer wieder selbst? Ist es nicht das, was dieses kleine Land auszeichnet? Sich immer wieder in Frage zu stellen, auch viel zu streiten und unerwartete Lösungen zu (er)finden?

... und, wie immer: Wir hoffen, dass die Lektüre Ihr Interesse findet. Unser Dank ergeht den Mitgliedern, die unsere ehrenamtlichen Bemühungen durch ihren Mitgliedsbeitrag fördern – den anderen natürlich auch!

Nach einigen Wahlen steht nun auch in Israel eine neue Regierung. Wie immer man dazu stehen mag, der Premierminister befindet sich im x.ten Jahr seiner Amtszeit, jedoch jedesmal nach einer demokratischen, freien und geheimen Wahl. Dies ist für die Nachbarländer keine Selbstverständlichkeit.

Susi Shaked und Hans-Jürgen Tempelmayr

Bitte verwenden Sie den beiliegenden Zahlschein für Ihren Mitgliedsbeitrag! Herzlichen Dank!

Inhalt

- 4–5 Israel am Scheideweg
- 6–7 Corona: Eine Momentaufnahme aus Israel
- 8 Hisbollah
- 9 Israel in der Österreichischen Politik – Interview 2: SPÖ
- 10–11 Hilfe ohne Grenzen – die Hadassah
- 12 Israel in der Österreichischen Politik – Interview 3: NEOS
- 14 Dienstbesuch in Israel – Peter Hanke
- 15 Israels kulinarische Botschafter in Wien – Teil 2
- 16–17 Minis
- 18 Ex Libris: „Wir sehen uns am Meer“ & „Mein Wildgarten“
- 19 In Tel Aviv – vom Yarkon nach Jaffo, dem Zionismus auf der Spur

Werden auch Sie **Mitglied der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft!**

Die Zeitschrift „schalom“ ist inkludiert!

Die Freundschaft mit den Menschen in Israel ist uns wichtig!

Das Formular finden Sie auf unserer Website: www.oeig.at

Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit und erwägen Sie ein Spende!

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber: Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG)
Lange Gasse 64/15, 1080 Wien, Österreich
Website: www.oeig.at, e-mail: office@oeig.at

Präsidenten: Peter Florianschütz und Markus Figl
Generalsekretäre: Susi Shaked und Hans-Jürgen Tempelmayr
Redaktion: Peter Florianschütz, Markus Figl, Susi Shaked und Hans-Jürgen Tempelmayr
Layout: Miriam Weigel

Redaktion/Anzeigenannahme: 0664 1769332

E-Mail: oeig08@gmail.com

Bankverbindung:

Bank Austria

IBAN: AT56110000262620801

BIC: BKAUATWW

Israel am Scheid

von Peter Florianschütz

Nach langen, mühevollen Verhandlungen, wurde die 35. Regierung des Staates Israel vereidigt. Sie kommt zu einer schwierigen Zeit und ist ziemlich einzigartig. Diese Regierung führt das Land entlang eines Scheideweges.



Fünf Jahre, nachdem Benjamin Netanjahu seine vierte Regierung gebildet hat und nach drei Wahlkämpfen, die keine eindeutigen Mehrheiten gebracht haben, wurde die 35. Regierung endlich vereidigt. Sie ist, entgegen vieler öffentlicher Darstellungen, zwar eine breite, aber bei weiten nicht die breiteste Koalition, die das Land je hatte.

Die Regierung basiert einerseits auf dem Prinzip der Blockparität und ist andererseits durch einen Rotationsmechanismus in der Funktion des Premierministers bestimmt. Die Regierung hat an und für sich keine besonders breite Basis, dennoch besteht sie aus 34 Ministern. Das ist ein neuer Rekord. In dem Zusammenhang ist es auffallend und eigentlich bedauerlich, dass in der Regierung trotz ihrer Größe kein einziges nichtjüdisches Mitglied vertreten ist, obwohl der Anteil der nichtjüdischen Bevölkerung fast ein Viertel der Ein-

wohner des Staates Israel ausmacht. Bemerkenswert ist auch, dass nach fast zehn Jahren wieder ein Vertreter der Kibbuzim in der Regierung ist, während der Anteil der Siedler Bewegung von vier auf einen zurückgegangen ist.

Ein erfreulicher Aspekt bei der Regierungsbildung ist, dass der Anteil der Frauen, wenn auch auf niedrigem Niveau, in der Knesset bei ihren 24,20 %, gleich hoch geblieben ist. In der Regierung ist der Frauenanteil mit 23,50 % der höchste jemals erreichte. Trotzdem liegt der Frauenanteil nach wie vor unter dem Durchschnitt der OECD-Länder und ist von einer wirklichen Parität weit entfernt.

Die Regierungskoalition besteht aus sieben Parteien, die aus den zwei großen Blöcken Blau-Weiß und Likud kommen. Das Verhältnis der Führungsparteien der Blöcke ist mit 15 (Blau-Weiß) gegenüber 37 (Likud)

keineswegs ausgewogen. Die Frage ist, ob sich dermaßen auf Dauer eine Koalition, auf Augenhöhe entwickeln kann. Das Koalitionsabkommen basiert jedenfalls auf dem Prinzip der Parität zwischen den beiden Seiten, alle haben den gleichen Status in der Regierung. Auffällig ist auch, dass der Regierung fünf Minister mit hohen Rängen in der EDF angehören. Das deutet darauf hin, dass die neue Regierung insbesondere in Sicherheitsfragen wesentliche Akzente setzen muss.

ENDLICH EINE REGIERUNG

Trotz aller Kritik war die Bildung der Regierung ein überfälliger Schritt, um den Stillstand in Israel zu überwinden. Durch die große Privatisierungswelle der vergangenen Jahre sind wesentliche Teile des sozialen Systems und der Daseinsvorsorge in den Bereich von Nichtregierungsorganisationen ausgelagert worden. Diese werden zwar zumindest zum Teil staatlich finanziert. Diese Finanzierung erfolgt allerdings über Jahresverträge. Durch die totale Blockade und dem Nicht-zu-Stande-Kommen einer ordentlichen Regierung existieren solche Verträge seit längerem nicht und das hatte große Auswirkungen auf die Systeme sozialer Sicherheit in Israel.

Nicht zu unterschätzen ist auch der Umstand, dass jeder neuer Wahlgang exorbitante Kosten von NIS 4 Mrd. verursacht hat, ohne dass es zu essenziellen Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis gekommen ist. Dazu kommt, dass dringliche Fragen wie steigende Arbeitslosigkeit, not-

eweg?

wendige Reformen im Gesundheitssystem und Bereichen des Umweltschutzes über viele Jahre aufgrund der im Vordergrund stehenden Sicherheitsdebatten vernachlässigt wurden.

mus. Abgesehen von allen Abmachungen gibt es erhebliche Zweifel, ob der Wechsel im Amt des Premierministers so reibungslos umgesetzt wird, wie geplant. Unklar ist zudem was im Falle, einer allerdings erst in

solches Vorhaben zu finden. Ob es allerdings wirklich dazu kommt, ist mehr als fraglich.

Schon in der Vergangenheit hätte eine solche Mehrheit existiert, ohne dass Benjamin Netanjahu davon Gebrauch gemacht hätte.

Gleichgewicht der Mächte innerhalb der neuen Koalition und des Kabinetts

Blau-Weiß			Likud		
	Knesset Sitze	Zahl der Minister		Knesset Sitze	Zahl der Minister
Blau-Weiß	15	12	Likud (&Peretz)	37	15
Arbeiter Partei	2	2	Shas	9	2
Derekh Eretz	2	1	UTJ	7	1
Gesamt	19	15	Gescher	1	1
			Gesamt	54	19

Gesamtzahlen	
Parteien	7
Knesset Sitze	73
Minister	34

So gesehen ist es mit Sicherheit ein großer Fortschritt, dass sich in der neuen Regierung sowohl traditionell linke wie auch rechte Positionen abbilden und es ist zu hoffen, dass dies zu einer positiven Dynamik und nicht zu einer wechselseitigen Blockadehaltung führt.

Die Beteiligung arabischer Parteien an einer israelischen Regierung hat sich auch dieses Mal wieder nicht gestellt, bleibt aber eine dringende, weil demokratiepolitische, Frage, deren Lösung weiter ansteht.

Dazu kommt die Notwendigkeit einer Einheitsregierung aufgrund der COVID-19 Krise, die auch in Israel ihre Spuren hinterlässt. Das Land hat diese Krise bis jetzt ganz gut gemeistert, aber sie ist noch nicht überwunden. Eine Belastung für die Koalition ist ohne Zweifel der anstehende Prozess gegen Benjamin Netanjahu sowie der vereinbarte Rotationsmechanis-

weiterer Zukunft zu erwartenden, eventuellen Verurteilung des Premierministers geschieht.

FRIEDENSPROZESS UND TRUMP-PLAN

Angesichts der sowohl in Israel als auch weltweit durch den Friedensplan des amerikanischen Präsidenten ausgelösten Diskussionen wird die neue Regierung eine große Verantwortung für die Weiterentwicklung des Friedensprozesses tragen, wenn man dann von einem solchen in den letzten Jahren überhaupt sprechen kann.

Das Koalitionsabkommen sieht für den Bereich von Schritten einer Annexion von Teilen des Westjordanlandes und des Jordantales die freie Abstimmung, sowohl in der Regierung, als auch in der Knesset, vor. Das bedeutet, dass zumindest in der Knesset jederzeit die Möglichkeit bestehen könnte, eine Mehrheit für ein

Politische Analysten gehen davon aus, dass die israelische Regierung vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen keine vollendeten Tatsachen schaffen werde. Die Wiederwahl von Präsident Trump ist keinesfalls sicher und die politischen Positionen von Joe Biden sind von denen Trumps sehr weit entfernt. Jede israelische Regierung ist gut beraten, die besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten und zu pflegen und wird sich in dieser Frage anzunehmender Weise vorsichtig verhalten.

Dazu kommt, dass einseitige Schritte in Richtung Annektierung des Jordantales zu einer krisenhaften Entwicklung des Verhältnisses zu Jordanien führen würde. König Abdallah würde in diesem Fall unter sehr großen Druck von Seiten der mehrheitlich palästinensischen Bevölkerung Jordaniens kommen. Das und weiterer internationaler Druck, wie zum Beispiel auch von der Europäischen Union, wäre ein beträchtliches Risiko und könnte unter Umständen sogar zu einer Gefährdung der Friedensabkommen mit Jordanien und Ägypten führen.

Es ist daher anzunehmen, dass bei allen Schwierigkeiten der Status quo aufrechterhalten wird. Offen bleibt, ob es seitens der palästinensischen Verantwortlichen endlich zu ernstzunehmenden Verhandlungen kommen wird.

Corona: Eine Momentaufnahme

von Ulrich. W. Sahm

Alle Touristen mussten Israel überstürzt verlassen. Die Hotels wurden in Quarantäne-Heime für alte Leute und Corona-Infizierte umfunktioniert. Restaurants und Bistros durften nicht mehr besucht werden. Theateraufführungen und Konzerte wurden kurzfristig abgesagt. Die Menschen wurden unter eine Ausgangssperre gestellt. Zeitweilig durfte man sich nur 100 Meter weit von der eigenen Haustür weg bewegen. Lediglich der Gang zum Supermarkt, natürlich nur mit Atemmaske, oder zur Apotheke war erlaubt. Jeden Abend trat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, manchmal neben seinem ultraorthodoxen Gesundheitsminister Jakob Litzman stehend – der trotz Hitzewelle einen riesigen schwarzen Hut oder sogar eine Pelzmütze auf dem Kopf trug. Netanjahu verkündete die neuesten Maßnahmen zum Schutz gegen die Pandemie, obgleich keiner der Beschlüsse vom Parlament abgesegnet worden war. Diese ganze Szene war wie von einem anderen Planeten.

Immerhin gelang es Israel, die Zahl der Infizierten relativ schnell in den Griff zu bekommen. Die Israelis waren erstaunlich diszipliniert. Die Epidemie hätte vor allem im Vergleich mit anderen OECD-Ländern auch wesentlich katastrophaler ausfallen können.

Langsam werden die drastischen Einschränkungen gelockert und man redet schon von einem „Ende der Corona-Krise“. Gleichwohl ist der Schaden für die Wirtschaft noch längst nicht überwunden, und niemand weiß, wie der entstandene Schaden finanziert werden soll. Viele Unternehmen wurden teilweise oder ganz geschlossen. Die Mitarbeiter wurden beurlaubt, entlassen oder in den unbezahlten Urlaub geschickt. Schwer getroffen hat es sogar die nationale

Fluggesellschaft EL AL und alle anderen israelischen Fluggesellschaften. Sie könnten durchaus untergehen, auch wenn Israel es sich aus vielen Gründen nicht leisten kann, keine eigene zivile Fluggesellschaft zu besitzen. Gerade in Kriegszeiten wagt sonst niemand, Israel anzufliegen. Und da bot allein EL AL die Möglichkeit, im Ausland gestrandete israelische Staatsbürger heimzufliegen oder Einwanderer, zum Beispiel aus Äthiopien, nach Israel zu transportieren.

Eine der wichtigsten Einnahmequellen ist und war der Tourismus. Es lässt sich kaum berechnen, wie viele Israelis durch den Wegfall der Touristen direkt betroffen sind und jetzt über keine Einnahmen mehr verfügen: Hotels, Naturparks, Lieferanten, die Nahrungsmittelindustrie und das Heer der

AB DEM 16. MÄRZ WURDE IN ISRAEL ALLES GESCHLOSSEN: CORONA.

Tourguides. Vorläufig sind alle arbeitslos und niemand weiß, wie lange es dauert, bis sich die Lage wieder normalisiert. Allein seit März sei das Bruttoinlandsprodukt um 7% gesunken, verkündete die Nationalbank. Weil immer noch ganze Branchen gelähmt sind, wird auch nicht mit einer schnellen Erholung gerechnet. In anderen Ländern wie Spanien sei die Lage noch viel schlimmer, doch das tröstet niemanden, der die üblichen Strom- und Wasserrechnungen, die Miete oder die Hypothek für die Wohnung bezahlen muss. Besonders schwer hat es die jungen Israelis getroffen, die jetzt keinen Job finden oder nur so kurze Zeit



gearbeitet haben, dass die Nationalversicherung ihnen keine Entschädigung für ausgefallene Arbeitszeit zahlen darf.

Dieser Tage werden weitere Lockerungen verkündet. Nach einer wochenlangen Pause dürfen jetzt endlich wieder die Linienbusse fahren. Vor allem die Überlandbusse waren teilweise völlig ausgefallen, während die Stadtbusse mit Beschränkungen weiterverkehrten. Da nicht jeder ein Auto besitzt, sind die Busse und Eisenbahnen die einzige Möglichkeit, vor allem für die ärmliche Bevölkerung, zur Arbeit zu gelangen.

Die Pandemie traf Israel mitten in der schwersten politischen Krise seiner Geschichte. So blieb Netanjahu und Gantz keine andere Wahl, als sich auf eine „große Koalition“ zu einigen. Wegen Corona wurde sie „Notstandsregierung“ genannt. In zwei Jahren soll Gantz den bis dahin amtierenden Netanjahu ablösen. Um für sich die Immunität eines Ministerpräsidenten zu bewahren, nennen sich beide „alternative Regierungschefs“. Wie diese große Koalition funktionieren kann und ob sich Netanjahu tatsächlich an die Absprache eines Wechsels mit Gantz halten wird, wagt niemand vorherzusagen.

ahme aus Israel



Anfang Juni war nun die Rede von einer umgehenden Rückkehr zur „Normalität“. Jedem war klar, dass die Zustände wie vor dem 16. März noch lange nicht erreicht werden könnten. Viele Unternehmen sind in der Zwischenzeit pleite gegangen. Und wer sein Geschäft irgendwie ohne Einkünfte die Mieten und andere Abgaben zahlen konnte, ist nicht fähig, alle entlassenen oder in den Zwangsurlaub geschickten Mitarbeiter wieder einzustellen. Hunderttausende stehen vor dem Nichts. Zwar wird von einer Exit-Strategie geredet, doch was faktisch passiert, um das Land wieder in Gang zu bringen ist ungefähr so chaotisch wie die sehr widersprüchlichen Anweisungen während der schlimmsten Pandemie-Zeit. So hatte die Polizei einen riesigen Ermessungsspielraum, Strafzettel in Höhe von etwa 200,- Euro zu verteilen, als es hieß, dass man im Meer baden und Sport treiben, nicht aber den Sandstrand betreten dürfe. Während einer einwöchigen Hitzewelle mit Temperaturen bis zu 40 Grad wollten tausende Menschen in Tel Aviv nicht mehr in ihren überhitzten Wohnungen eingesperrt bleiben und begaben sich trotz des Verbots an den Strand. Die Polizei war dem Ansturm am Ende nicht mehr gewachsen.

Das größte Problem war der Schulbesuch. Denn wenn die Kinder tags-

über nicht im Kindergarten oder in der Schule betreut werden, konnten die Eltern nicht zur Arbeit. Als dann schließlich der Schulbesuch mit gewissen Vorgaben und Einschränkungen dann doch wieder erlaubt wurde, kam es prompt zu vorhersehbaren Pannen. Die Schüler sollten in Schichten und mit Abstand voneinander die Schulbänke drücken, aber dann kam es doch zu Ansteckungen. Besonders getroffen hat es die große Schule „Gimnasia“ in Jerusalem. Hunderte Schüler und die Lehrer wurden nach Dutzenden Erkrankungen wieder in die Quarantäne zuhause geschickt, wo sie dann Eltern und Geschwister ansteckten. Da manche Schüler am Wochenende zu Freunden außerhalb Jerusalems gefahren waren, gab es weitere Infektionsherde. Mehrere Schulen mussten im ganzen Land dann doch wieder geschlossen werden, trotz der beschlossenen „Lockerungen“.

Weiter hieß es, dass bei den Behörden 70% der Mitarbeiter wieder zur Arbeit kommen durften. Doch blieb offen, wer zu entscheiden hatte, ob jemand sein Büro wieder betreten oder doch lieber zuhause bleiben sollte.

Für Läden, Einkaufszentren und Restaurants wurden strikte Auflagen ausgegeben zu der Zahl der Anwesenden in einem Raum, die sich aber kaum überprüfen ließen. Speiselokale durften wieder öffnen, mussten aber ihre Tische teilweise auf die Bürgersteige verteilen, damit die Gäste Abstand halten konnten. Dafür wurden

dann auch Parkplätze und Tiefgaragen umfunktioniert, was wieder andere Probleme erzeugte.

Die langsame Rückkehr zum normalen Leben macht sich auch auf den Straßen bemerkbar. Während der allgemeinen Ausgangssperre wurde zum Beispiel der Verkehrsfunk ausgesetzt, weil es nirgendwo Staus gab. Inzwischen gibt es wieder den regelmäßigen Verkehrsfunk und entsprechend werden auch Staus an den üblichen Kreuzungen rund um Tel Aviv und vor Jerusalem gemeldet.

Dieser Tage hat der Premierminister bei einem seiner TV-Auftritte ein Machtwort gesprochen: „Die Pandemie ist noch nicht überwunden“. Er forderte die Bürger des Landes dringend auf, nicht nur die üblichen Vorsichtsmaßnahmen weiterhin strikt einzuhalten, wie das Tragen von Gesichtsmasken und Abstand voneinander zu halten. Vielmehr geht jetzt schon die Angst um wegen einer zweiten Welle in naher Zukunft. Das Covid Virus sei eben unberechenbar und noch längst nicht ausgemerzt.

Zwar steht Israel heute besser da als im März. Die Spitäler sind mit ausreichend Beatmungsgeräten ausgestattet. Das Personal ist geübt und es mangelt auch nicht mehr an Schutzmasken. Derweil haben israelische Startups Testgeräte entwickelt, die schneller und billiger tausende Untersuchungen ermöglichen. Das ist entscheidend, um möglichst schnell neue Infektionsherde zu entdecken und einzugrenzen.

Israel hat es gelernt, mit Terror und militärischen Bedrohungen zurechtzukommen. Doch das Virus gilt als „unsichtbarer Terrorist“, der eben nicht mit den herkömmlichen Mitteln bekämpft werden könne.



Hisbollah in Deutschland
Quelle: American Jewish Committee Berlin Office
Foto©Thomas Rassloff

Erklärten Feinden des Staates Israel darf in unserem Land keine legale Tätigkeit gestattet werden.

Am 30. April 2020 wurde in der Bundesrepublik Deutschland ein Betätigungsverbot für die Hisbollah als Ganzes erlassen. Dieses erstreckt sich auch auf diverse Neben- und Tarnvereine und bietet hoffentlich einen Schutz vor den Aktivitäten der Organisation.

In Österreich ist so ein Schritt längst überfällig, aber noch nicht geschehen.

Die ÖIG hat dazu folgende Presseaussendung veröffentlicht:

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft fordert Hisbollah-Verbot in Österreich und EU-weit.

Nach dem Verbot der schiitisch-libanesischen Terrorbewegung in Deutschland ist es an der Zeit, dass die österreichische Bundesregierung sowie die zuständigen EU-Gremien endlich ein Zeichen setzen und die extremistischen Organisation Hisbollah sowie deren Unterstützern europaweit ihre Betätigung verbieten.

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft begrüßt das Betätigungsverbot in Deutschland gegen die Hisbollah durch das dortige Innenministerium. Gleichzeitig ist es dringend geboten, das Terrornetzwerk in ganz Europa als illegal einzustufen.

„Diese Organisation propagiert den bewaffneten Kampf mit terroristischen Mitteln. Sie lehnt nicht nur das Existenzrecht Israels ab, sondern ruft auch offen zur gewaltsamen Beseitigung des jüdischen Staates auf. Ich bin mir sicher, dass die tausenden Opfer des Hisbollah-Netzwerkes auch von anderen europäischen Staaten wie Österreich, aber auch von der EU als Ganzes einen ähnlichen Schritt erwarten“, so der Präsident der ÖIG, Peter Florianschütz.

Seit ihrem Bestehen leugnet die Hisbollah das Existenzrecht Israels und terrorisiert den Staat mit Raketenangriffen und Bombenanschlägen. Auch in anderen Ländern, so auch in Europa, ist sie für Anschläge auf israelische und jüdische Ziele verantwortlich.

Gerade in den EU-Staaten sammelt das Terrornetzwerk Gelder für seine gewalttätigen Anschläge gegen Jüdinnen und Juden weltweit. Internationaler Drogenhandel und Waffenschmuggel werden über hiesige Tarnorganisationen orchestriert, es wird Propaganda betrieben gegen Israel und gegen Jüdinnen und Juden, es wird offen zu Gewalt aufgerufen. Fünf Staaten – Israel, Kanada, die Vereinigten Staaten, Argentinien und das Vereinigte Königreich – haben die gesamte Hisbollah als Terrororganisation eingestuft. Im März 2016 erklärte auch die Arabische Liga die Hisbollah zu einer Terrororganisation.

„Mit einem Verbot hier in Österreich müssten wir auch nicht mehr tatenlos zusehen, wenn am Al-Quds-Tag während des Fastenmonats Ramadan antiisraelische und antisemitische Aufmärsche in Wien durchgeführt werden dürfen. Damit muss endlich Schluss sein“, meint Florianschütz.

„Die österreichische Politik sollte nun endlich die Konsequenzen ziehen und gegen die Hisbollah auch in Österreich ein Verbot aussprechen. Zudem kann sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das islamistische Netzwerk auch auf die EU-Terrorliste gesetzt wird.“

Aufgrund der öffentlichen Diskussion wurde im Nationalrat ein Entschließungsantrag eingebracht. Er wurde am 29. Mai 2020 einstimmig beschlossen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

- **geeignete und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um entschieden gegen terroristische und kriminelle Aktivitäten der Anhängerinnen und Anhänger der Hisbollah in Österreich weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen;**
- **die Finanzierung der Hisbollah durch Geldwäscheaktivitäten nachhaltig zu unterbinden;**
- **eine Neubeurteilung der Frage des Umgangs mit der Hisbollah innerhalb der Europäischen Union anzuregen.**

Trotz der allgemeinen Formulierung ist diese Initiative ein Schritt in die richtige Richtung. Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft wird diese Entwicklung beobachten und weiterhin darauf dringen, dass sich Österreich im Rahmen der Europäischen Union für ein Verbot der Hisbollah einsetzt und dieses Verbot auch umgehend in Österreich ausspricht.

ISRAEL IN DER ÖSTERREICHISCHEN POLITIK

FOLGE ZWEI: SPÖ

Interview mit der SPÖ-Bundesparteivorsitzenden, **Pamela Rendi-Wagner** über die Position der SPÖ zu Israel. Die Fragen stellte Michael Laubsch

Das Interview ist gekürzt. Das vollständige Gespräch ist auf schalomonline.com nachzulesen.

L: Zunächst einmal danke ich Ihnen recht herzlich, dass Sie sich für dieses Interview mit Schalom Zeit nehmen. Sie haben ja sehr lange auch in Israel gelebt. Daher möchte ich meine Fragen mit Ihrem persönlichen Eindruck zu Israel beginnen. Wie schaut dieser aus?

R-W: In den vier Jahren, in denen ich mit meiner Familie in Israel lebte, hat mich vor allem die Vielfalt und Lebensfreude der Menschen beeindruckt. Meine jüngste Tochter ist dort geboren, Israel wird immer ein ganz wichtiger Teil meiner Familie und meines Lebens sein.

L: Sie haben ja auch beruflich in Israel gearbeitet. Was macht Ihrer Meinung das zur Zeit auch weltweit gelobte Innovationspotential in Israel aus?

R-W: Israel wird heute zurecht als „Start-Up-Nation“ auf Weltniveau bezeichnet. Die Gesellschaft ist jung und pulsierend, innovative Ideen werden in großem Umfang umgesetzt. Ich habe dort in meiner Zeit als Gastprofessorin an der Tel Aviv Universität einen hoch innovativen Forschungssektor erlebt. Im Bereich Forschung und Entwicklung kann Österreich viel von Israel lernen.

L: In Ihren Kontakten zu israelischen FreundInnen und KollegInnen: Sie als Österreicherin mit einer historischen Verantwortung, wie wurden Sie aufgenommen, wie haben Sie sich verhalten, gab es Ressentiments?

R-W: Ganz ehrlich: Meine Freunde und Kollegen in Israel sind mir nie mit Ressentiments begegnet. Ganz im Gegenteil. Wir haben in Israel Freundschaften fürs Leben gemacht.

L: Haben wir eine besondere Verantwortung gegenüber Israel?

R-W: Ja, auf jeden Fall. Österreich trägt eine große Verantwortung gegenüber Israel und generell im Kampf gegen Antisemitismus. Diese Verantwortung müssen die Politik und die Gesellschaft jeden Tag aufs Neue wahrnehmen.

L: Ich möchte nun den Wechsel hin zu politischen Fragen einleiten. Die europäische, aber auch besonders die österreichische Sozialdemokratie ist stark geprägt von jüdischen DenkerInnen. Ist diese Tradition auch eine besondere Verantwortung für die Bewegung?

R-W: Die jüdischen Mitglieder waren und sind ein wichtiger Teil unserer Bewegung und dessen, was die Sozialdemokratie ausmacht. Viele Jüdinnen und Juden haben die Sozialdemokratie über die Jahrzehnte stark geprägt. Für mich ist die Sozialdemokratie ganz klar auch in Zukunft ein wichtiges Sprachrohr für Jüdinnen und Juden in Österreichs politischem Parteienspektrum.

L: Die gerade aktuell geführte Diskussion um den Trump-Friedensplan legt erneut die Frage auf den Tisch, ob es eine sogenannte Zweistaaten- oder Einstaatenlösung geben soll,



Befreiungsfeier KZ Mauthausen, 2019

um den palästinensisch-israelischen Konflikt zu beenden. Wie schaut da die Position der SPÖ aus?

R-W: Das Ziel muss eine friedliche und nachhaltige Lösung des Konflikts zwischen Israel und den PalästinenserInnen sein. So eine Lösung, die für beide Seiten Frieden und Sicherheit bedeutet, muss, kann, aus meiner Sicht, nur eine Zwei-Staaten-Lösung sein, die auf dem Weg von Verhandlungen erreicht wird.

L: Welche Position hat die SPÖ zu der Frage der Annexion von Teilen des Westjordanlandes? Die österreichische Bundesregierung hat sich ja erst kürzlich klar dazu positioniert.

R-W: Die Sozialdemokratie bekennt sich klar zum Staat Israel und seiner Sicherheit. Die besondere Verantwortung aus der Geschichte und die freundschaftlichen Beziehungen dürfen jedoch nicht dazu führen, keine legitime Kritik äußern zu dürfen, wenn es um die Siedlungspolitik und jetzt um die Annexion geht. Gerade als Freunde Israels sind wir aufgerufen, auch Fehlentwicklungen klar zu benennen. Dauerhaften Frieden kann es nur geben, wenn beide Seiten auf Augenhöhe ehrlich und mit Respekt daran arbeiten. Die Annexion ist ein einseitiger Beschluss und würde nicht zur Beilegung des Konflikts führen.

L: Vielen herzlichen Dank für diese Gespräch.

Dr. Pamela Rendi-Wagner

Studium: 2005 Abschluss des Facharztstudiums. Postgraduate Studium in London. 2008 Habilitation (Impfprävention und Tropenmedizin) an der Universität Wien.

2008–2011 Gastprofessur an der University of Tel Aviv.

Gesundheitsministerin ab März 2017.

Bundesparteivorsitzende der SPÖ seit November 2018.

Verheiratet mit dem Diplomaten Mag. Michael Rendi; zwei Töchter.

Rechts vom Haupteingang steht in dem weitläufigen Foyer ein Klavier. Ein vermutlich 80-jähriger Mann spielt eine Sonate von Beethoven, als sich eine junge Frau zu ihm setzt und ihn begleitet. Sie spielen noch zwei weitere Stücke, dann stehen sie auf, verbeugen sich voreinander und jeder geht zurück an seinen Platz. Der Mann humpelt in die Wartzone der orthopädischen Abteilung, die Frau in das nahe gelegene Kaffeehaus.



Hilfe ohne Grenzen

von Wolfgang Sotill

Die Hadassah in Jerusalem ist eine der größten und sich der praktischen Friedensarbeit verpflichtet. Den Nobelpreis eingebracht hätte.

Die Hadassah im westlichen Teil Jerusalems, über dem Dorf Ein Karim gelegen, ist mit 1300 Betten, einer Million Patienten jährlich, 5000 Angestellten, davon 900 Ärzten, eine der größten Kliniken in Israel – typisch ist sie für den Judenstaat aber dennoch nicht. Und das nicht nur wegen des Klaviers. Viel eher ist sie schon beispielgebend; denn hier ist Heilung echte Friedensarbeit, wie der **Klinik-Direktor Yoram Weiss** erläutert: „Wir haben in Israel eine der heterogensten Gesellschaften der Welt: Sie reicht vom säkularen Kibbuznik bis zum ultra-orthodoxen Juden. Dazu haben wir noch christliche und muslimische Araber und dann gibt es da auch noch die Palästinenser. Und jeder dieser Patienten bringt seine politischen, kulturellen und religiösen Eigenheiten mit. Deshalb muss die Hadassah ein Ort sein, an dem es keine Politik gibt. Diese hat außerhalb unserer Klinik zu bleiben. Wir fragen nicht, wer die Patienten sind, woher sie kommen, welcher Religion sie angehören. Und so kommt es schon vor, dass ein schwer verletzter arabischer Terrorist Bett an Bett mit seinem jüdischen Opfer liegt.“ Dazu muss man wissen, dass die meisten Attentäter aus den palästinensischen Gebieten kommen und anders als die Araber in Israel über keinen Versicherungsschutz verfügen. Aber die Hadassah ist eben

ein Spital ohne Unterschiede, eine heilende Insel des Friedens, in der eine Medizin ohne Grenzen verabreicht wird. Für diese außergewöhnliche Leistung wurde das Klinikum 2005, im ersten Jahr nach der blutigen Zweiten Intifada, in den erlauchten Kreis der Friedensnobelpreiskandidaten aufgenommen. Bekommen hat ihn damals die Internationale Atomenergieorganisation.

Leicht ist der Versuch für alle Bewohner des Landes und auch für jene aus den besetzten Gebieten eine offene Klinik zu sein, freilich nicht, wie **Susi Shaked, Präsidentin von Hadassah-Österreich** erklärt: „Stellen Sie sich eine Geburtsabteilung vor: Bei der Entbindung einer Araberin ist das halbe Dorf versammelt, das die in den Wehen liegende Frau ermutigt, weiter zu pressen. Eine orthodoxe Frau hingegen ist allein in ihrem Entbindungsstuhl und der Mann steht hinter einem Paravent und ist vertieft in die Rezitation von Psalmen.“

1912 gründete die **Amerikanerin Henrietta Szold** die **zionistischen Hadassah-Frauenverein**. In der Klinik, die von dieser Bewegung unterstützt dann in Israel ihren Ursprung nahm, rühmt man sich seiner grenzenlosen Menschenfreundlichkeit aber nicht. Man macht sie auch nicht

zum Top-Thema der internationalen PR-Arbeit, obwohl dies vielleicht noch mehr Gelder fließen lassen würde, denn die Hadassah finanziert sich ausschließlich über Spenden.

Ganz im Gegenteil: Man spricht nicht gerne über seine Patienten. Und schon gar nicht über jene aus der arabischen Welt.

ANEKTOTEN BESONDERER PATIENTEN

Und so war es auch kein Arzt oder die Presseabteilung der Klinik, sondern ein pensionierter israelischer Geheimdienstoffizier, der mir erzählt hat, dass **König Hussein** von Jordanien (1935–1999), der an Krebs erkrankt war, lange inkognito in der Hadassah behandelt worden ist. Er ist als ambulanter Patient mit dem Hubschrauber aus Amman angereist und nach der Behandlung wieder zurückgeflogen. Nur einmal hätte der erbitterte Ex-Feind, mit dem Israel 1994 ein Friedensabkommen geschlossen hat, die Israelis beinahe in Verlegenheit gebracht. Nämlich mit seinem Wunsch, einmal in Tel Aviv am Dizengoff-Boulevard ein Eis essen zu wollen. Wäre der bereits schwer erkrankte König erkannt und die Umstände seines Besuchs in Israel bekannt geworden, dann hätte das in Jordanien zu Unruhen geführt und in

zen

n Kliniken Israels. Eine, die
et fühlt. Was ihr beinahe



Israel zu einer Diskussion, die nicht nur die Hadassah nicht hätte haben wollen. So hat man König Hussein in eine israelische Offiziersuniform gesteckt und ihn, umringt von etlichen echten israelischen Soldaten, in eine Tel Aviver Eisdiele gebracht. Dort hat er dann sein Eis geschleckt, allerdings so genussreich langsam, dass seine Bewacher ein wenig nervös geworden sind. Gestorben ist der jordanische König auf eigenen Wunsch kurz danach in London. Er hat gewusst, dass sein Tod in Jerusalem von seinen Untertanen den behandelnden israelischen Ärzten angelastet werden könnte. Nach dem aus der antisemitischen Geschichte abgewandelten



Im Hadassah-Krankenhaus behandeln arabische und jüdische Mediziner Täter und Opfer

Topos: „Die Juden haben einen Araber umgebracht!“ Dies hätte erst recht zu Gewalttätigkeiten geführt.

Ein Fall, der auch nicht gerne thematisiert wird, ist jener des **Hamas-Führers Ismail Haniyeh** in Gaza, der bis heute in regelmäßigen Abständen zur Vernichtung Israels aufruft. Als aber ein Mitglied seiner Familie schwer an Krebs erkrankt, lässt er die Frau nicht etwa nach Europa in eine Klinik bringen, sondern in die Hadassah, die wegen ihres außergewöhnlich hohen medizinischen Standards einen international ausgezeichneten Ruf genießt.

Aber nicht nur die Patienten, auch zahlreiche Ärzte und Pflegekräfte, aber auch Pädagogen, die Kinder bei Langzeitaufenthalten betreuen, sind arabisch-muslimischer oder arabisch-christlicher Herkunft. Etliche von ihnen, wie Shaden Salameh, Leiterin der Notaufnahme, sind auch in führenden Positionen tätig. Dies ist kein Widerspruch zu dem frühen zionistischen Gründungsgedanken, sondern es ist dessen Umsetzung; denn dieser vertrat immer schon einen breiten ethischen Humanismus. So, wie er eben bis heute in der Hadassah praktiziert wird.

ÖSTERREICHISCHE KAHANE-STIFTUNG

Einen wesentlichen Beitrag hat dazu auch ein Österreicher geleistet. So hat die Stiftung des 1920 in Wien geborenen Industriellen **Karl Kahane** den Aufbau einer Spendendatei für palästinensische Leukämie-Patienten ermöglicht. Geleitet haben dieses Projekt ein jüdischer Wissenschaftler gemeinsam mit einer christlich-arabischen Kollegin. Um die medizinische Versorgung in den palästinensischen Gebieten zu verbessern, finanziert die Kahane-Stiftung auch die Ausbildung zum Facharzt bereits

promovierter arabischer Ärzte. Wer dazu ausgewählt wird, gehört künftig nicht nur zur den Spitzenmedizinern, sondern er wird während seiner Weiterbildung nach dem israelischen Gehaltsschema entlohnt. Dieses ist um ein Vielfaches höher als in den „Gebieten“, weswegen die palästinensischen Ärzte nach Jahren der guten Ausbildung und des guten Einkommens nur ungern in die palästinensischen Gebiete zurückkehren sowie es ihr Ausbildungsvertrag vorsieht. Denn dort verdienen sie nur einen Bruchteil.

CORONA-KRISE

Aber auch in der Corona-Krise hat sich die Hadassah kreativ gezeigt. Um die Zahl der Untersuchungen zu erhöhen, zugleich aber die finanziellen Möglichkeiten nicht auszureizen, hat Professor **Dana Wolf**, Vorstand des virologischen Labors, einen Gemeinschaftstest entworfen. Dabei werden die Proben von je acht Patienten – zum Preis eines einzigen Tests – untersucht. Ist das Ergebnis negativ, dann bedeutet dies, dass alle acht Personen frei von Corona-Erregern sind. Ist es positiv, dann werden alle acht Personen noch einmal einzeln untersucht. Diese Methode ermöglicht bis zu 2500 Testungen pro Tag und spart viel Geld.

GLASFENSTER VON MARC CHAGALL

Die Hadassah ist in dem Land, in dem vieles diskutiert und hinterfragt wird, eine unumstrittene Institution. Eine, die auch Touristen, die keiner medizinischen Hilfe bedürfen, besuchen sollten. Denn in ihrem Herzen findet sich die Synagoge, deren **zwölf Glasfenster Marc Chagall** gestaltet hat. Und vielleicht haben Sie auch das Glück, mit einer vierhändigen gespielten Beethoven-Sonate empfangen zu werden.

ISRAEL IN DER ÖSTERREICHISCHEN POLITIK

FOLGE DREI: NEOS

Michael Laubsch hat sich mit dem Abgeordneten zum Nationalrat, **Helmut Brandstätter** getroffen um mit ihm über die Position der NEOS zu Israel zu sprechen.

Das Interview ist gekürzt. Das vollständige Gespräch ist auf schalomonline.com nachzulesen.

L: Antisemitismus in Österreich und Europa: Diese Gefahr, alle drei Säulen betrachtet, wird immer größer. Wie sehen Sie diese Herausforderung für unsere Gesellschaften?

B: Wir müssen natürlich überall klar und deutlich machen, dass wir Antisemitismus nicht dulden und dass wir keine Scharia wollen. Auch wenn ich sehr klar und deutlich in der Flüchtlingsfrage bin, müssen Grundprinzipien für die Ankommenden klar abgesteckt sein: Wenn du hierher kommst, zählen unsere Werte, Rechte und Pflichten. Was den Antisemitismus von der linken Seite betrifft, Stichwort BDS. Hier müssen wir uns auch klar positionieren: Das Eintreten für das Existenzrecht Israels, eine Zweistaatenlösung als Lösungsansatz für den Nahostkonflikt. Die Palästinenser haben ein Recht, ihren eigenen Staat gründen zu können.

Ein anderes Problem, und hier komme ich auf die europäische Perspektive, sieht man am Beispiel Viktor Orban. Es darf nicht sein, dass man sich einerseits als Freund Benjamin Netanjahus aufspielt, dann aber, wenn es einem politisch passt, gegen George Soros hetzt, und zwar rhetorisch nicht gegen die Person, sondern klar mit antisemitischen Stereotypen. Und hier erwarte ich beispielsweise, dass auch aus Israel klare Worte gegen eine solche Propaganda findet. Gleiches erwarte ich von der ÖVP übrigens!

L: Der Nationalrat hat sich ja beispielsweise einstimmig gegen die BDS-Bewegung ausgesprochen. Nun gibt es eine neue Diskussion, gerade nach der Entscheidung der deutschen Bundesregierung, auch den politischen Arm der Hisbollah hier in Europa zu verbieten. Wie ist da die Position Ihrer Partei? Sie haben ja jüngst einen Antrag im Parlament eingebracht.

B: Das ist richtig. Wir können natürlich nicht zu einem Verbot durch die Bundesregierung aufrufen, was wir jedoch können, ist die Überprüfung durch die staatlichen Behörden. Dieser Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt. Wir stecken natürlich auch in einem Dilemma: Wenn wir die Hisbollah hier verbieten würden, würde dies gleichzeitig bedeuten, die Regierung im Libanon nicht mehr anzuerkennen. Gleichzeitig ist mir aber auch persönlich sehr wichtig ein Signal zu setzen, dass eine Organisation wie die Hisbollah, auch Teil der Regierung im Libanon, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Staat Israel von der Landkarte zu tilgen, hier in Österreich nichts zu suchen hat.

L: Kommen wir nun zu den aktuellen Friedensbemühungen der USA. Kann der Vorschlag von Trump wirklich Bewegung bringen, oder wird damit nicht der letzte Funke an Hoffnung für eine Befriedung im Keim erstickt, ich

nenne hier nur Annexion von Gebieten im Westjordanland?



B: Gerade bei Trump habe ich mich immer gefragt, warum macht er das und warum macht er das jetzt? Ich würde mich bei seinem Friedensvorschlag so weit aus dem Fenster lehnen und sagen, dass es ihm sicherlich nicht dabei um eine Befriedung geht. Es ist immer gefährlich Außenpolitik mit Innenpolitik zu verbinden.

Was heißt Zweistaaten-Lösung? Was kann man machen, was kann Europa tun, um diese verfahrenere Situation zu verbessern?

Ich habe also mehr Frage- als Ausrufezeichen gerade bei dieser essentiellen Frage. Historisch, menschlich, sozial, religiös gibt es bei diesem Konflikt so viele Enden, bei einem ziehst du etwas und es fällt alles zusammen ... Ohne die Beteiligung aller wird ein Friedensplan, egal von wem initiiert, nicht funktionieren.

Was ich schon glaube ist, dass die EU auch in dieser Frage gemeinsam stärker und präsenter auftreten sollte. Ich würde mir wünschen, dass es hier auch zu einer „Unionsräson“ kommt. Nur so kann die EU als Player wahrgenommen werden. Das betrifft die politische Seite, aber auch die wirtschaftliche und soziale. Die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit der Menschen in Gaza ist fürchterlich, in einem Gebiet, das theoretisch auch einen gewissen Wohlstand mit Hilfe von außen generieren könnte. Da können wir Europäer einiges an Hilfe anbieten und auch dabei deutlich machen, dass wir nicht mit Terrororganisationen kooperieren werden!

L: Herr Dr. Brandstätter, vielen Dank für das Gespräch.

Dr. Helmut Brandstätter ist seit Oktober 2019 NEOS Abgeordneter zum Nationalrat.

Studium: Rechtswissenschaften an der Universität Wien
Beruflicher Werdegang: Journalist, ORF 1982–1997; Geschäftsführer, n-tv Nachrichtensender 1997–2003, Geschäftsführender Gesellschafter, Puls TV 2004–2006; Chefredakteur und Herausgeber KURIER 2010–2019



Traditionelle
jüdische Küche
entdecken.

Und neue
Lieblingslokale
finden

WIEN

JETZT ♦ FÜR IMMER



MIZNON
IN PITA ♥
♥ CAULIFLOWER
♥ FRESH POTATO
♥ PATATOUILLE
♥ MINUTE STEAK
♥ CRISPY SPACK
♥ STEAK & EGG
♥ EGG NO STEAK
♥ PITA BREAD
♥ MASHED LAMB
♥ IN PITA MEAT
VEGGIES ♥

Dienstbesuch in Israel

Gespräch mit dem Wiener Stadtrat Peter Hanke

Im Februar diesen Jahres besuchte Peter Hanke in seiner Eigenschaft als Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales Israel. Im Vordergrund seines Dienstbesuches waren die Wirtschaftsbeziehungen Israels zu Wien, mögliche Kooperationen in den Bereichen Innovation und High Tech, aber auch Verbesserungspotentiale zwischen Stadt und Land am Beispiel Israels.

„Schalom“ hatte die Möglichkeit mit Peter Hanke nach der Rückkehr über seine Eindrücke zu sprechen.

L: Herr Stadtrat Hanke, wie haben Sie Israel wahrgenommen, als Sie das Land das erste Mal besuchten und verglichen damit, wie hat sich das Land seitdem verändert?

H: Israel beeindruckt als junges, modernes, selbstbewusstes und erfolgreiches Land. Mein erster Besuch ist lange her und ich muss gestehen, dass ich eine mehr als positive Entwicklung mit sehr viel Zukunftsesprit wahrgenommen

habe. Uns allen ist das schwierige politische Umfeld bewusst, umso mehr ringt einem die positive Einstellung der Menschen Respekt ab.

L: Sie als verantwortlicher Stadtrat für Wirtschaft: Kann Wien etwas von der Innovationskraft und Kreativität in Israel lernen?

H: Selbstverständlich! Israel schafft es – wie kaum ein anderes Land –, konstant Innovationen im High-Tech-Bereich zu liefern. Für mich als Stadtrat, der auch für Digitalisierung verantwortlich ist, sind besonders zwei Felder wichtig. Einerseits Cybersecurity. Hier wurden unglaubliche Fortschritte gemacht und gerade junge, israelische start-ups haben aktuell enormen Erfolg.

Der andere wichtige Bereich ist Smart City – wie können neue Technologien nicht nur die urbane Infrastruktur verbessern, sondern dies auch für möglichst alle BewohnerInnen der Stadt tun?

L: Welche Gründe gibt es für diese Innovation und Kreativität in Israel? Ist es der „melting pot“ aus unterschiedlichen Kulturen und Biographien und können Sie dahingehend Ähnlichkeiten zu Wien erkennen?

H: Wie immer ist es die richtige Mischung. Kleine Länder müssen immer auf Bildung, Innovation und strategisches Arbeiten setzen. Insofern haben Städte wie Tel Aviv und Wien viel gemeinsam. Auch unser Verständnis wie aktive Kommunalpolitik betrieben wird, nämlich nicht von der Rückbank, sondern proaktiv. Die Politik bringt sich ein, gestaltet aktiv, unterstützt Bildungs- und Ausbildungs-

zentren, genauso wie die junge Wirtschaft und fördert die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Kunst, Kultur, Bildung, Wirtschaft, Forschung passiert urban auf engem Raum – also ein großes Potential und genau da muss auch die Politik ansetzen. Insofern sind ganz klar viele Ähnlichkeiten zu erkennen.

L: Konkret zu den Ergebnissen ihrer Reise: In welchen Wirtschaftsbereichen kann Wien mit Israel kooperieren? Welche Arten von Kooperationen streben Sie als Stadtrat mit Ihren dortigen PartnerInnen an?

H: Die israelische Wirtschaft hat eine beeindruckende Innovationskraft – insbesondere wenn man die Größe des Landes bedenkt. Und gerade weil Israel ein kleiner Markt ist, sind Expansion und Export die wichtigsten Themen. Wien ist genau dafür ein spannender Standort. Hier gibt es bestausgebildete Arbeitskräfte, intensive Kontakte in den Märkten von West- und Osteuropa, eine verlässliche Verwaltung. Und unsere Wiener Wirtschaftsagentur, die massive Hilfe bei Ansiedlungen und für ansässige Firmen bietet. Gerade in den für Israel wichtigen Sektoren wie der chemischen Produktion, im Energiebereich, genauso bei High-Tech und Dienstleistungen finden israelische Unternehmen in Wien die richtigen Partner. Ich sehe mich hier als Türöffner und Brückenbauer und wir pflegen diese Kontakte schon sehr lange.

Auch neben meiner Agenda war es mir eine besondere Ehre, gemeinsam mit Stadträtin Kaup-Hassler einen Ölbaum zu Ehren von Teddy Kollek zu pflanzen. Wir haben den Baum im Garten des Museums für islamische Kunst, das Kollek mitbegründet hat, gesetzt, weil er vorgelebt hat, wie Menschen zueinander finden: durch Inklusion, durch gemeinsames Arbeiten, durch das gemeinsame Gespräch.

L: Danke für das Gespräch!



Michael Laubsch



Israels kulinarische Botschafter
in Wien

2: Restaurant Florentin

ein bisschen Tel Aviv
im 7. Wiener Gemeindebezirk

von Barbara Serloth

vier Personen setzen und die am Tisch festgeklebte Speisekarte lesen. Der Service ist – trotz der gelebten Entspannung – prompt und kompetent. Take-away ist genauso kein Problem, wie eine Mischung aus einem Essen im Restaurant und der Bitte, eine Speise vorzubereiten, die man noch warm mitnehmen kann.

Sandwiches bis zu den Nachspeisen (homemade Rasperry Pie und Brownie-Muffin).

Nachdem es für mich eindeutig zu spät für ein Frühstück ist, konzentriere ich mich auf die Hauptspeisen. Der Karfiol im Ganzen zeigt sich adrett mit einer Tahini-Basilikum-Sauce garniert, die nicht aufdringlich ist. Er ist bissfest, aber nicht zu sehr und kann mit der Gabel zerteilt werden. Alles in allen eine gute Sache. Euphorisch werde ich allerdings nicht. Im Gegensatz dazu zeigt sich die beefed-up Shakshuka von ihrer besten Seite. Serviert in einem Guss-

eisen-Eierspeis-Reindel lässt sie, am Tisch stehend, die Seele baumeln und enttäuscht nicht. Das Rindfleisch ist, wie es sein soll und die wachweichen Eier ergeben die so typische geschmackliche Abrundung, die sehnsüchtig macht nach Salzwasser und warmen Wind. Diese Shakshuka essend bin ich wirklich kurz in Tel Aviv.

Natürlich könnte man sich noch eine Hühnersuppe oder eine jüdische Leber als Teil der Speisekarte wünschen, aber man ist und isst ja nicht bei Oma in deren Küche, sondern in einem hippen Lokal im 7. Bezirk und für das ist es schon sehr entspannend gut.



Der Wiener Bezirk Neubau hat sich seit Jahren als Bobo-Hotspot einen Namen gemacht. Es mischen sich viele KünstlerInnen, Intellektuelle und auch LebenskünstlerInnen hinzu. Neubau ist ein Platz, wo es sich leben lässt und man zu leben weiß. Was liegt näher, als im 7. Wiener Gemeindebezirk ein Lokal zu eröffnen, das die freie Atmosphäre des schönsten Stadtviertels von Tel Aviv nach Wien bringen möchte. *Florentin* ist einer der interessantesten Teile von Tel Aviv. Früher ein melting pot und Arbeiterviertel, verwandelt es sich seit Jahren zum hippen Zentrum neuer Urbanität. Das Lokal in der Siebensterngasse ist der „kleine Bruder“ des Stammlokals in der Berggasse 8 im 9. Bezirk..

Ein wenig erinnert das übersichtliche Lokal mit seinen Holzsesseln und Holzstuhlbänken an eine Mischung aus einem Café in Tel Aviv und der Küche von Oma. Gemütlich, klein und einen Atemzug weg vom Trubel des Alltags. Ich kann mich problemlos alleine an einen Tisch für

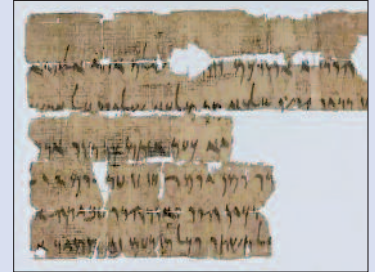
Die Getränke sind gesund ausgerichtet, wobei neben den frisch zubereiteten Säften das Soda-Angebot verblüfft. Für einen halben Liter Soda mit etwas € 3,80 zu veranschlagen ist selbst bei dem einkalkulierten Gesundheitsschub, der damit verbunden sein wird, doch sehr selbstbewusst.

Bei den Speisen werden umfangreiche, internationale Frühstück-Zusammensetzungen geboten. Zu erwähnen: Das Wiener Frühstück, die gesunden Happy Smoothie Bowls (ja, wir sind eben im 7.) und natürlich auch der israelische Frühstück-Mix. Bei den Hauptspeisen gibt es die Klassiker, wie den Karfiol im Ganzen aus dem Ofen (€ 8,30), die gebackene Aubergine mit Rindfleisch gefüllt (€ 10,90) und natürlich Shakshuka mit und ohne Rindfleisch. Daneben gibt es die Untergruppen von den Varianten des Tel-Aviv Hummus und der Pita

Florentin
Siebensterngasse 58, 1070 Wien
<https://florentin1070.com>

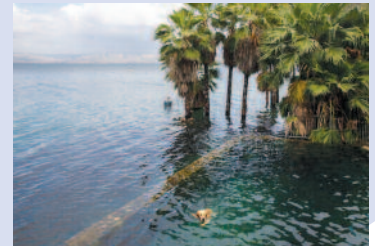
2439 JAHRE „POSTE RESTANTE“

419 vor Christus holte eine jüdische Gemeinde religiösen Rat in Jerusalem ein. Diese befand sich auf einer ägyptischen Nilinsel, damals unter persischer Herrschaft. Anfang des 20. Jahrhundert gruben die deutschen Archäologen, Otto Rubinstein und Friedrich Zucker, die Antwort aus. Seitdem schlummerte der sogenannte „**Pessachbrief**“ – aramäische Schriftzeichen auf Papyrus (Exod. 12:15–20; 23:15; Lev. 23:6–7; Num. 28:17–18; 2 Könige 25:26) – mit weiteren Funden im Archäologischen Museum Berlin weiter. Der Brief ist die älteste außerbiblische religiöse Anweisung zur Gestaltung des Pessachfestes. Extra erwähnt wurde, dass der persische Herrscher Darius II seine Genehmigung für die Abhaltung religiöser Feiern erteilte. Jetzt wurde der Brief „wiederentdeckt“ und einem breiteren Publikum präsentiert.



HOCHWASSERALARM IN GALILÄA

Israel erlebte seit 30 Jahren keinen so regenreichen Winter wie diese Saison. Seit April stieg der Wasserspiegel des **Sees Genezareth** kontinuierlich, bis er Ende April aus seinen Ufern trat. Der Wasserstand stieg von 213 auf 209 Meter (unter dem Meeresspiegel). Mehr Fläche für Nichtschwimmer, um über das Wasser zu gehen (können nur wenige), wird es selten mehr geben.



ISRAEL SCHIESST ÖSTERREICHER AUF DEN MARS

Wie die „Niederösterreichischen Nachrichten“ berichten, hat unter sechs Kandidaten ein Österreicher aus der Wachau einen Platz auf der im Herbst 2020 geplanten Marsmission Israels ergattert. Der Quantenphysiker **Robert Wild** wird im Auftrag des Österreichischen Weltraumforums in der Wüste Negev mithelfen ein Habitat aufzubauen und einige Zeit mit seinen „mitfliegenden“ Kollegen bewohnen. Ein Vortraining mit einigen Experimenten wurde in Innsbruck absolviert. Wir wünschen gute Rückreise.



JÜDISCHER MÜNZFUND

Israelische Archäologen fanden am Südwesthang des Tempelberges eine Münze. Sie trägt die Inschrift: „Jahr Zwei der Befreiung Jerusalems“. Damit ist nicht das Jahr 1969, sondern das Jahr **132 n. Chr.** gemeint. In den drei Jahren, in welchen nach dem Bar Kochba-Aufstand Juden die Kontrolle über die Stadt wiedererlangten, wurden zahlreiche Münzen geprägt. Da Juden nach der Niederschlagung des Aufstandes (wiederum) das Betreten ihrer Stadt verboten war, nimmt man an, dass ein römischer Legionär der X. Legion diese als Souvenir nach Jerusalem brachte.



„PALÄSTINENSISCHER“ MÜNZFUND

In der britischen Mandatszeit wurden Millionen von Münzen in der damaligen Währung Pfund produziert. Täglich werden die günstig zu erwerbenden Münzen von jungen palästinensischen „Experten ausgegraben“ und als Beweis – wofür? – in den Sozialen Medien präsentiert: Inklusiv der Hebräischen Aufschrift/Bezeichnung. Kein Kommentar.



„ROSEMUND PILCHER“ – TOHUWABOHU IN SAUDI-ARABIEN

Jedes Jahr werden in der islamischen Welt sogenannte Ramadan-Serien produziert, die sich großer Beliebtheit beim Publikum erfreuen. Dieses Jahr brachte das Saudische Fernsehen eine Produktion mit Titel: „Umm Harun“, deren Titelhelden und Heldinnen in kein Klischee passen. Die Serie wurde von einer wahren Begebenheit in Bahrein in den 30er Jahren inspiriert und löste kontroverse, jedoch oft positive Reaktionen in der arabischen Welt aus: Wir versuchen den Plot zusammenzufassen: Ein erotisches christlich-muslimisch und jüdisches Durcheinander. Eine jüdische Hebamme liebt einen unglücklich verheirateten Mann, dessen Frau auch einen anderen liebt. Dieser ist jedoch unerreichbar, weil er auch eine andere liebt. Spätestens da sind wir ausgestiegen – vor allem, wer jetzt welcher Religion angehört. Der Regisseur stammt aus Ägypten und fiel schon vor fünf Jahren mit einer Serie über „Juden in Ägypten“ – für uns positiv – auf.



AUSGRABUNG AUF „PALÄSTINENSISCHE ART“

Die ehemalige jüdische Festung Tel Aroma, ein Relikt der hasmonäischen Herrscher aus dem 1. Jahrhundert vor Chr. hat das Pech in den Autonomiegebieten zu liegen. Deren Behörde hat die jüdische Burg zum „Palästinensischen Kulturerbe“ (sic) erklärt und sogleich mit der Planierung durch Bagger begonnen. Die „Ausgrabungen“ dauern nun schon ein gutes Jahr an. Es gibt nach Auskunft der israelischen Antikenbehörde noch sieben weitere hasmonäische jüdische Festungen in Judea und Samaria, die der „wissenschaftlichen“ Erforschung und Bewahrung des antiken „palästinensischen Kulturerbes“ harren.



ANTITERROR-TEAM ISRAELS BEGEISTERT DIE ARABISCHE WELT

Die israelische Fernsehserie „Fauda“ des Kanal 13 ist auf Netflix in Israel schon lange ein Hit. Nun erfreuen sich die Abenteuer des israelischen Antiterror-teams auch in der arabischen Welt zunehmender Beliebtheit. Im Libanon führte die Serie sogar bei Netflix! Der israelische Journalist, Avi Issacharof, ist der Meinung, dass dies daran liegt, dass wir nicht Propaganda zeigen, sondern auch die andere Seite – und das in extenso auf Arabisch – zu Wort kommen lassen.



Wir sehen uns am Meer

Dorit Rabinyan



Zwei Liebende in einem kalten Winter in New York. In der Kulisse dieses melting pots von Kulturen und Ethnien können sich Liat und Chilmi ungezwungen ihrer Leidenschaft hingeben. Gleichzeitig aber

wissen beide, dass es diese Liebe nur hier und jetzt geben kann, denn Liat ist Jüdin, Chilmi Palästinenser und auch in New York dürfen Liats jüdische Freunde nichts von dieser Mesalliance erfahren, gar nicht zu denken, wie ihre Eltern daheim in Israel darüber denken würden, es wäre ein Skandal.

Die junge Autorin aus Tel Aviv – es ist ihr dritter Roman, 2014 erschienen – erzählt in einer sehr emotionalen Sprache diese moderne Adaption von Romeo und Julia, ohne jemals ins

Kitschige abzugleiten. Vielmehr versteht sie es grandios, durch die subjektive und sehr private Erzählform den politischen und gesellschaftlichen Konflikten ihres Heimatlandes ein Gesicht zu geben.

Auch im fernen USA, kurz nach 9/11 spielt der Roman zeitlich, ist die Zerrissenheit der Gesellschaften, aus denen die beiden Liebenden kommen, allgegenwärtig. Liat und Chilmi wissen „dass wir beide auch hier in dieser großen Stadt nicht wirklich allein sind, dass in unserem Bett nicht nur wir liegen, auch wenn wir das gern glauben möchten“. Sie streiten über die politische Zukunft, die Ein-Staaten- oder die Zwei-Staaten Lösung, schnell wird der politische Konflikt zu einem persönlichen, wenn Probleme auftauchen. Liat sieht daher nur einen Ausweg: Sie kann diese Liebe nur als zeitliches Vergnügen genießen, nur das „Hier und Jetzt“ zählt, „mit Verfallsdatum“. Für die Zukunft ist kein Platz. Bei der Rückkehr nach Tel Aviv und Ra-

mallah wird das Paar wieder von äußeren und inneren Mauern getrennt sein.

Der Roman der 1972 geborenen Autorin war mehrere Wochen ein Bestseller in Israel und hat eine breite gesellschaftliche Diskussion ausgelöst, die sogar die Regierung in Jerusalem erreichte.

Rabinyan hat das Buch nicht aus Provokation geschrieben, so zitiert sie die New York Times. „Die Geschichte verstehe ich als ein Spiegel unseres Landes, in all seiner Komplexität.“

sch

Dorit Rabinyan: Wir sehen uns am Meer, 2014 Verlag Droemer, ISBN 978-3-426-30618-5 368 Seiten, Taschenbuch € 10,99



Dorit Rabinyan: geboren 1972 in Kfar Saba (einer Stadt 15 km von Tel Aviv), Tochter iranischer Flüchtlinge. Ihre Bücher wurden mehrfach ausgezeichnet.

Mein Wildgarten

Meir Shalev



Die Corona Krise hat die reiselustigen Israelis dazu verdonnert sich auf die Natur in ihrem Land zu besinnen. Daher ist es gar nicht erstaunlich, dass ein so zartes Buch wie *Mein Wildgarten* von Meir

Shalev gerade jetzt, zwei Jahre nach seinem Erscheinen, einen Hype erlebt. Shalev, der sich in den Norden Israels zurückgezogen hat, pflegt dort seinen Garten, der die un-

glaublichsten wilden Blumen, Sträucher und Bäume, die er liebevoll hegt und pflegt, beherbergt. Jede Pflanze, die heranwächst, jedes Tier, das ihm im Garten begegnet, löst Gedanken, Erinnerungen, Geschichten über Natur und Kulinarik, Vergangenheit und Gegenwart, Mensch und Kreatur, Liebe und Literatur aus. Ein besonderes Kapitel widmet er der Kaktushecke in seinem Garten, diese bringt die Sabre Frucht hervor. Sie ist eine sehr stachelige Frucht, die, hat man sie endlich überlistet, einen mit ihrem süßen Fruchtfleisch belohnt. Sabra ist das Synonym für in Israel geborene Israelis, deren

weicher Kern sich unter einer rauen Schale verbergen soll.

Das Buch; ein Selbstporträt des Künstlers als Gärtner, voller Lebensweisheit und Humor.

sch

Meir Shalev: Mein Wildgarten, 2017 Mit 40 Illustrationen von Refaella Shir Verlag Diogenes, ISBN 978-3-257-06990-7 352 Seiten, Taschenbuch € 24,00



Meir Shalev: geboren 1948 in Nahalal; lebt in Jerusalem. Studium der Psychologie. Satirische Sendungen im Fernsehen und Rundfunk. Autor seit 1988. Zahlreiche Bücher.

In Tel Aviv

vom Yarkon nach Jaffo, dem Zionismus auf der Spur

von Hans-Jürgen Tempelmayr

In die weichen Dünen des Strandes eingegraben haben die Gründer und späteren Bewohner der „WEISSEN STADT“ geschichtsträchtige Linien gezogen und ihnen Namen gegeben. Für ein who is who des Zionismus reicht so schon ein Spaziergang von der amerikanischen Botschaft bis zum Hilton Hotel, um sich einen Überblick über die Geschichte Israels und seiner Gründerväter zu machen. Unbeachtet vom Lärm und Trubel der Metropole am Mittelmeer nehmen sie oft nicht einmal Einheimische wahr, kein Stadtführer widmet ihnen besondere Aufmerksamkeit. Eine zionistische Perlenkette der geistigen und tatkräftigen Urheber des modernen Staates Israel. Manche haben den Boden ihrer Sehnsucht nicht einmal betreten.

SCHALOM STELLT SIE VOR. HIER DIE ERSTE FOLGE

Chaim Arlosoroff. (1899–1933). Der Mord am Strand von Tel Aviv

In ihrer Gymnasialzeit verliebte sich ein attraktives junges deutsches Mädel in einen nach Deutschland zugewanderten Juden aus der Ukraine. Um ihm zu imponieren, trug sie sogar einen Davidstern um ihren Hals. Aus dieser Beziehung wurde nichts. Chaim machte, im Gegensatz zu ihr, mit seinen Plänen Ernst, packte seine Sachen und zog nach seinem Doktorat der Wirtschaftswissenschaften nach Palästina. Es war das Jahr 1924.



Freisprüche und auch einer Verurteilung eines rechtsgerichteten Zionisten namens Abraham Stavsky, der aber in zweiter Instanz freigesprochen wurde.

Als Chef der politischen Abteilung der Jewish Agency trat Arlosoroff wiederholt für ein friedliches Zusammenleben mit der arabischen Bevölkerung ein, was von vielen Arabern misstrauisch beobachtet wurde. Noch nannten sich die Juden selbstverständlich Palästinenser und streiften diese Bezeichnung der Römer erst nach der Staatsgründung endgültig ab, sodass dieser – befreit vom Copyright – von einem ägyptischen Araber namens Arafat später taxfrei ur-surpiert werden konnte.



Strand von Tel Aviv

Am Abend des 16. Juni 1933 ging Chaim Arlosoroff mit seiner Frau ins Dan Hotel Abendessen. Um halb zehn nützten sie den lauen Abend um am Strand einen Spaziergang zu machen. Was er nicht wusste, war, dass er schon länger von (mindestens) zwei Männern

beobachtet wurde. Ein Mann leuchtete ihm mit einer Taschenlampe ins Gesicht und fragte ihn nach der Uhrzeit. Ein Schuss fiel. Am belebten Strand drängten sich Menschen, die sofort den Transport ins Krankenhaus veranlassten. Vergebens. In der Nacht verstarb einer der wichtigsten Impulsgeber und Theoretiker des Zionismus.

Noch in den Wochen zuvor befand er sich in Deutschland, um mit Nazis die Auswanderung und somit Rettung der deutschen Juden zu besprechen. Ein konfliktträchtiger politischer Schachzug der Mapai, der linken Zionisten. Obwohl der Mord nie wirklich gänzlich aufgeklärt wurde, gerieten sofort sogenannte Revisionisten um Jabotinsky, aber auch zwei Araber ins Visier der Polizei. Es kam zu Verhaftungen,


In seinen zionistischen Schriften trat er, als Mitbegründer der sozialistisch-zionistischen Partei Hapoel Hazair, für einen sozialistischen, demokratischen Zionismus als eine vom jüdischen Volke getragene Palästinabewegung ein, wobei er schon vor seiner Aliah Programme für eine Verständigung mit den Arabern ausarbeitete. Die unbedingte Notwendigkeit der modernen landwirtschaftlichen Erschließung und Fruchtbarmachung brachliegender Landstriche unter gleichzeitiger Beobachtung einer Aufforstung erkannte er früh als Grundbedingung des Gelingens des zionistischen Projektes.

Seine ehemalige deutsche Freundin Magda – indes nun weniger vom Zionismus begeistert als damals – heiratete in dritter Ehe Joseph Goebbels. Hitler war Trauzeuge.



Die Arloz(s)oroff Straße heute

2018 wurde das Leben Arlosoroffs (Arlozorov) verfilmt und bei einem Filmfestival einem breiten Publikum präsentiert.




bmf.gv.at/corona

Mehr Geld für unsere Betriebe

Fixkostenzuschuss

Entgeltliche Einschaltung
Foto: BMF/Adobe Stock

 **Bundesministerium
Finanzen**

Mit dem Zuschuss zur Deckung von Fixkosten helfen wir Ihrem Unternehmen:

- beträgt bis zu 75 % der Fixkosten, abhängig vom Umsatzausfall
- wird noch heuer ausbezahlt und muss nicht zurückbezahlt werden
- kann für bis zu 3 zusammenhängende Monate geltend gemacht werden
- kann ab sofort über FinanzOnline beantragt werden

Alle Informationen auf bmf.gv.at/corona oder unter **050 233 770**
von Mo. bis Do. von 7.30 bis 15.30 und am Fr. von 7.30 bis 12 Uhr